

Aus der Geschichte des provisorischen litauischen Komitees von Wilna (April bis Juni 1919)

von Česlovas Laurinavičius

Der polnische Historiker Bronisław Makauskas hat eine wertvolle und umfassende Monographie über die Wilnaer Litauer verfaßt, in der diese sowohl als Subjekt einer im polnischen Staat agierenden nationalen Minderheit wie auch als Objekt der polnischen Regierungspolitik beschrieben werden.¹ Für weitere Forschungen besteht daher nur noch ein eng begrenzter Raum, wie beispielsweise eine Untersuchung der litauischen Regierungspolitik gegenüber der litauischen Minderheit in Polen in den Jahren zwischen 1920 und 1939.

Ein weiteres Forschungsgebiet stellt die Geschichte der Wilnaer Litauer unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges dar, also jener Zeitabschnitt, als sie schon polnischer Herrschaft unterstanden, jedoch formal noch nicht als nationale Minderheit behandelt wurden. Diese historische Periode ist verwickelt und wechselhaft, woraus vielleicht die Verführung herrührt, die kurze Zeitspanne auf Möglichkeiten zu untersuchen, die es den Litauern ermöglicht hätten, den Status einer nationalen Minderheit zu vermeiden. Diesem Thema soll der folgende Beitrag gewidmet sein. Im Prinzip geht es um Pläne und Zielsetzungen eines noch zu schaffenden Staatsvertrages zwischen Litauen und Polen, wobei den Wilnaer Litauern die Rolle eines Indikators zufiel.

In der historischen Literatur scheint eine solche Fragestellung bislang nicht aufgegriffen worden zu sein. Auch in den Erinnerungen der Wilnaer Litauer findet sich nichts über derartige Konzeptionen.² Darum sei mit einer Arbeitshypothese begonnen: Die Gründung des Provisorischen Litauischen Komitees von Wilna (PLKV) war als Meilenstein auf dem Weg zu einem litauisch-polnischen Abkommen gedacht. Unsere These soll nicht durch subjektive Interpretationen, sondern durch eine konkrete Situationsanalyse abgesichert werden.

¹ B. Makauskas, *Vilnijos lietuviai 1920–1939 metais* (Die Wilnaer Litauer in den Jahren 1920–1939). Vilnius 1991.

² D. Alšeika, *Vilnaus krašto lietuvių gyvenimas 1919–1934 metais* (Das Leben der Litauer des Wilnagebietes in den Jahren 1919–1934). Vilnius 1935; M. Biržiška, *Dėl mūsų sostinės* (Um unsere Hauptstadt). London/Nida 1960; J. Cicenās, *Vilnius tarp audrų* (Wilna zwischen den Stürmen). Chicago 1953.

1. Die politische Satzung des PLKV

Das Komitee wurde am 22. April 1919 gegründet, also am gleichen Tag, als das polnische Militär Wilna einnahm und Józef Piłsudski seinen berühmten Aufruf an die Bewohner des Litauischen Großfürstentums erließ.³ Der Aufruf wurde vor allem bekannt, weil er auf den historischen litauischen Staat Bezug nahm. Nach Meinung vieler war dieser Staat schon lange unwiederbringlich und unumkehrbar in der Vergangenheit versunken, ohne Volk oder Gebiet zu hinterlassen. Aber Piłsudski wandte sich in seiner Deklaration an die Bewohner des historischen Litauen wie an „eine Allgemeinheit“⁴ und versprach eine Einigung ohne polnischen Druck. Eine provisorische, nicht militärische, sondern zivile Verwaltung, an der sich auch die lokalen Einwohner beteiligen könnten, sollte sich mit der Vorbereitung einer Lösung der Probleme befassen. Mit der Verantwortung für Organisation und Tätigkeit der Administration wurde Jerzy Osmałowski betraut.

Bis heute herrscht in der litauischen Geschichtsschreibung die Ansicht, daß die Initiative Piłsudskis nur eine weitere Form der polnischen imperialistischen Expansion darstellte.⁵ Diese Meinung hat ihre Logik. Rückblickend gesehen war der erfolgreiche Angriff des polnischen Militärs gegen die in Wilna agierenden Bolševiki ein Schlag gegen die litauische Regierung in Kaunas, um so mehr als man auch dort Pläne für die Einnahme Wilnas geschmiedet hatte.⁶ Doch der Sachverhalt war noch komplizierter. Das Archivmaterial zeigt, daß Mykolas Šleževičius, der damals dem Ministerkabinet vorstand, nach der polnischen Besetzung Wilnas nicht wußte, wie er reagieren sollte. Jurgis Šaulis, der zur gleichen Zeit zwecks Verhandlungen in Warschau weilte, wurde nicht rechtzeitig genug als Zeichen des Protestes zurückgerufen.⁷ Wer weiß, ob nicht allein die

³ Sprawy Polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i materiały (Die polnische Angelegenheit auf der Friedenskonferenz in Paris 1919. Dokumente und Materialien). T. II, Warszawa 1967, S. 412 f.

⁴ Ebenda, S. 426.

⁵ P. Klimas, Iš mano atsiminimų (Aus meinen Erinnerungen). Vilnius 1990, S. 235–240; P. Miškinis, Lietuvos ir Lenkijos santykių tarptautiniai teisiniai aspektai 1919–1939 (Die litauisch-polnischen Beziehungen unter völkerrechtlichem Aspekt 1919–1939). Vilnius 1976, S. 20 ff.; R. Žepkaitė, Diplomacija imperializmo tarnyboje. Lietuvos ir Lenkijos santykiai 1919–1939 m. (Diplomatie im Dienst des Imperialismus. Die litauisch-polnischen Beziehungen 1919–1939). Vilnius 1980, S. 44 f.

⁶ Lietuvos Ministrų kabineto posėdžių protokolai (Sitzungsprotokolle des litauischen Ministerkabinetts) 24.3.1919, 14.4.1919. Litauisches Staatsarchiv (Lietuvos Valstybinis Archivas) (LVA), F. 923, Ap. 1, B. 24, S. 124 u. 157.

⁷ P. Łossowski, Stosunki polsko-litewskie w latach 1918–1920 (Die polnisch-litauischen Beziehungen 1918–1920). Warszawa 1966, S. 86–94.

ausbleibende klare Reaktion der Kaunaer Regierung schicksalhaft wirkte?

Auch das PLKV protestierte nicht gegen den Einmarsch polnischen Militärs in die litauische Hauptstadt, obwohl deren Vorsitzender Mykolas Biržiška die Möglichkeit dazu und auch einschlägige Erfahrungen besessen hätte. Denn in den ersten Januartagen 1919 hatte er als Bevollmächtigter der litauischen Regierung General V. Veitkas eine Protestnote gegen das Eindringen der polnischen Armee nach Wilna überreicht,⁸ und die Wilnaer Litauer betrachteten ihn, wie er später selbst zugab, im April immer noch als Regierungsvertreter.⁹

Nicht nur das. Sofort nach dem sowjetrussischen Abzug aus Wilna wurde der Machtwechsel in dem neuen PLKV-Organ „Nepriklausomoji Lietuva“ (Unabhängiges Litauen) in sachlicher und durchaus positiver Weise beschrieben: „Der Druck der Bolševiki war schon zu schwer (...) die einseitige ‚Schlächter‘-Literatur langweilig genug, mit der Ankunft der Polen beginnen wir leichter zu atmen (...) die Polen *versprechen keine Okkupation, sondern Schutz*“ (Hervorhebung durch den Autor).¹⁰

Einen Tag nach der Gründung des PLKV fand ein Treffen zwischen Biržiška und Osmołowski statt. Dem Gesprächsstenogramm nach zu urteilen, war die Unterhaltung recht lang, wobei Biržiška mehr zuhörte als redete. Osmołowski bezog ostentativ gemäßigte Positionen, drückte seine Bewunderung für den litauischen Sozialradikalismus aus, bezeichnete die Lituanisierung von Wilna als unausweichliche Perspektive, erklärte, daß in der litauisch-polnischen Kontroverse die Wahrheit auf der Seite der Litauer stünde, verwandte den Begriff der Union nicht, wiewohl er unterstrich, daß angesichts der Gefahr, die von Rußland und Deutschland drohe, Polen und Litauen dringend ein Bündnis eingehen müßten, und lud schließlich die Litauer ein, an der „Arbeit bei der Wiederherstellung des Landes“ teilzunehmen.¹¹

Über das Treffen referierte Biržiška auf einer Sitzung des PLKV, bei der auch beschlossen wurde, Osmołowski eine schriftliche Antwort zu geben.

⁸ Biržiška, *Dėl* (wie Anm. 2), S. 61.

⁹ Ebenda, S. 153.

¹⁰ *Nauja valdžia* (Die neue Macht), in: *Nepriklausomoji Lietuva* Nr. 1 vom 25. April 1919.

¹¹ *Laikinojo Vilniaus lietuvių komiteto 1919.04.23 posėdžio protokolai* (Sitzungsprotokoll des Provisorischen Litauischen Komitees von Wilna vom 23.4.1919). (Lietuvos Respublikos mokslų akademijos centrinė biblioteka (Zentralbibliothek der Litauischen Akademie der Wissenschaften Handschriftenabteilung) (LAB). *Laikinojo Vilniaus lietuvių Komitetas* (Provisorisches Litauisches Komitee in Vilnius) (LVLK), F. 105-600, S. 5 f.

Der Schriftsatz, der Osmałowski dann am 27. April überreicht wurde, war gleichfalls keine Protestnote, sondern in Form eines Memorandums abgefaßt.

Biržiška schrieb in seinen Erinnerungen, daß er damals keinerlei Verbindung mit Kaunas gehabt habe und daher gezwungen gewesen sei, sich einigermaßen an der Situation vor Ort zu orientieren.¹² Aber aus dem Archiv des PLKV läßt sich ersehen, daß der aus Kaunas angereiste Ignas Jonynas am 26. April im Komitee befragt wurde und unter anderem auch über die Mission von Mykolas Riomeris Bericht erstattete.¹³ Über die sogenannte Riomeris-Mission hat der polnische Historiker Ochmański einen ausführlichen Artikel verfaßt.¹⁴ Darum soll, ohne in Details zu gehen, nur angemerkt werden, daß nach den anfänglichen Vorstellungen Piłsudskis eine litauische Regierung aus Vertretern verschiedener auf dem Territorium des Großfürstentums lebender Nationalitäten gebildet werden sollte, was der erste Schritt zu einer Wiedererschaffung des historischen Litauen gewesen wäre. Danach hätte sich Litauen mit Polen unter einem Souverän, der höchstwahrscheinlich Piłsudski selbst gewesen wäre, zu vereinen gehabt.¹⁵ Es gelang Riomeris jedoch nicht, mit den Vertretern der litauischen linken Parteien ins Gespräch zu kommen. Šleževičius empfing ihn nicht persönlich, er hatte allerdings eine Unterredung mit den Kabinettsmitgliedern Steponas Kairys und Jonas Vileišis.

Beide pflichteten ihm bei, der Idee eines „nationslosen“ Litauen nicht zuzustimmen, sprachen sich aber dafür aus, die schon 1917 begonnene Tätigkeit der litauischen Taryba einzustellen.¹⁶ Vor diesem Hintergrund verkündete Piłsudski dann anstelle des Aufrufs „Die litauisch-polnischen Staatsverbindungen“ die unklarer gefaßte „Selbstbestimmung der Bewohner des Großfürstentums Litauens“.

¹² Biržiška, *Dėl* (wie Anm. 2), S. 153.

¹³ LVLK 1919.04.26 posėdžio protokolas (Sitzungsprotokoll des PLKV vom 26.4.1919). LAB, F. 105-600, S. 15.

¹⁴ J. Ochmański, *Kulisy wyprawy Wileńskiej Piłsudskiego 1919 r.* (Die Kulissen des Wilnamarsches von Piłsudski im Jahre 1919), in: *Z dziejów stosunków polsko-radzieckich* (Aus der Geschichte der polnisch-russischen Beziehungen). Warszawa 1968.

¹⁵ Später verglich Riomeris Piłsudskis Plan mit einem Kondominium. Vgl. M. Riomeris, *Lietuvos konstitucines teisės paskaitos* (Vorlesungen zum litauischen Verfassungsrecht). Bd. 1, Kaunas 1937, S. 79; *Lietuvių atgimimo istorijos studijos* (Studien zur Geschichte der litauischen Wiedergeburt). 3. *Lietuvos valstybės idėja (XIX a.-XX a. pradžia)* (Die litauische Staatsidee <19. bis Anfang 20. Jahrhundert>). Vilnius 1991, S. 460 f.

¹⁶ Laut Riomeris habe er nur von einer Person eine volle Zustimmung zu Piłsudskis Idee erhalten, nämlich von Stanislovas Narutavičius, einem ehemaligen Mitglied der litauischen Taryba und Litauer mit „polnischer Kultur“.

Die Mitglieder des PLKV wußten also vor Übergabe ihres Memorandums an Osmołowski von den verschiedenen Varianten des Piłsudski'schen Aufrufs vom 22. April und hatten die Meinung des Kabinetts Šleževičius (oder besser: die unterschiedlichen Meinungen) zu bedenken.

Vergleicht man das Memorandum mit den ersten Äußerungen in der Wilnaer litauischen Presse zum Einmarsch des polnischen Militärs, findet sich darin ein neuer Akzent, nämlich der Begriff der Okkupation: „Wir, die Vertreter der litauischen demokratischen Gruppierungen von Wilna“, heißt es im Memorandum, „sprechen uns für ein unabhängiges demokratisches Litauen aus. Die Anwesenheit des polnischen Militärs in Wilna betrachten wir als Okkupation.“¹⁷

Unter den Litauern gab es wegen dieser Formulierung Auseinandersetzungen, wie die litauische Presse belegt.¹⁸ Auch nach der Übereinkunft, von „Okkupation“ zu sprechen, hörte der Streit nicht auf. Denn im Prinzip ging es nicht um den Begriff an sich, sondern um die dahinterstehenden Zielsetzungen. Während ein Teil der Wilnaer Litauer schon in den ersten Amtshandlungen der polnischen Behörden Usurpationsabsichten erkannte und eiligst protestierte,¹⁹ widmeten andere in erster Linie dem Aufruf Piłsudskis ihre Aufmerksamkeit: Sie sahen darin eine annehmbare Perspektive, vor der sogar Hausdurchsuchungen und Arreste als „unangenehme Episoden“ in den Hintergrund rückten.²⁰ Anscheinend herrschte letztere Meinung vor: „Wir“, heißt es weiter im Memorandum des PLKV, „möchten gerne dem Willen des Obersten Führers des polnischen Militärs glauben, daß lokale nationale und religiöse Belange ohne Druck und Zwang von polnischer Seite in Freiheit entschieden werden“. Man wollte alle lokalen demokratischen Kräfte zur Wiederschaffung des Landes und zur Stärkung der wiedererstehenden litauischen Eigenstaatlichkeit vereinigen. Damit die Litauer an der Aufgabe teilnehmen könnten, wurden folgende Bedingungen gestellt: alle Verfügungsgewalt mit Ausnahme der

¹⁷ Sprawy (wie Anm. 3), S. 414 f.

¹⁸ [J. Vitalis], Okupacija ir lietuviai tarnautojai (Die Okkupation und die litauischen Beamten), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 3 vom 27. April 1919; P. Mašiotas, Kiti laikai, kiti obalsiai (Andere Zeiten, andere Parolen), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 5 vom 30. April 1919. Mašiotas schrieb hier unter anderem: „Selbst die Vertreter der neuen Macht sagen, daß sie den Feldzug des polnischen Militärs nicht anders bezeichnen könnten. Einige Einwohner Wilnas zerbrechen sich den Kopf, um den Tatsachen eine passendere Bezeichnung zu geben, wobei das Ziel der Okkupation ja noch auf einem anderen Blatt steht (...)“

¹⁹ Lietuvių Krikščionių Demokratų partijos Vilniaus skyriaus balandžio 24 d. susirinkimas (Versammlung der Wilnaer Abteilung der Litauischen Christdemokratischen Partei vom 24. April), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 11 vom 8. Mai 1919.

²⁰ Mašiotas, Kiti laikai (wie Anm. 18).

unmittelbaren Frontangelegenheiten sollte den lokalen Einwohnern übergeben und auf demokratischen Prinzipien errichtet werden, wobei abzuschern sei, daß alle Nationen des Gebietes gleichberechtigt seien, was insbesondere durch die freie Entfaltung ihrer Sprachen (litauisch, polnisch, weißrussisch, jiddisch) sicherzustellen sei. Weiter gehörten dazu: Garantie der Bürgerrechte, Entwaffnung terroristischer Gruppen, Schutz litauischen Eigentums.

Bei den im Memorandum gestellten Bedingungen sollte besonderes Augenmerk auf zwei Aspekte gerichtet werden. Zum einen wurde die Gleichheit der vier Nationalitäten in Wilna gefordert, was vice versa eine Anerkennung der Gleichberechtigung bedeutete, zum anderen wurde nichts über die Kompetenzen der Kaunaer Regierung im Wilnagebiet ausgesagt. Diese beiden Kernpunkte sowie die Benutzung des Begriffs „Okkupation“ legen den Schluß nahe, daß das PLKV-Memorandum nicht nur politischen Charakter hatte,²¹ sondern auch von der traditionellen Formulierung der Taryba „eines ethnographischen Litauen mit der Hauptstadt in Wilna“ (also: „ein Volk, ein Territorium“) Abstand genommen wurde.

Nach dem Erhalt des Memorandums stimmte Osmołowski allen Bedingungen (mit Ausnahme der Rechte für die Juden) zu und versprach, das Memorandum nach Warschau zu bringen und dort die Zustimmung der polnischen Regierung zu erreichen.²²

In Abwesenheit Osmołowskis wurde dem PLKV ein weiterer Vorschlag, diesmal vom Wilnaer Bürgermeister V. Abramovičius, unterbreitet, nämlich „einen litauischen Kandidaten für den Stadtrat vorzuschlagen“. Aber im Komitee beschloß man, daß man bis zur Antwort auf die Osmołowski übergebenen Bedingungen keinen Kandidaten bestimmen, sondern nur einen litauischen Sachverständigen (D. Alšeika) entsenden wolle.²³

Osmołowski kehrte am 20. Mai aus Warschau zurück, viel später als erwartet. Das PLKV bereitete sich auf ein offizielles Treffen mit ihm vor und stellte aus diesem Grund sogar eine Delegation, bestehend aus Mykolas Biržiška, Pranas Mašiotas und Juozas Tumas-Vaižgantas, zusammen.

²¹ Mykolas Biržiška interpretierte auf der Sitzung des litauischen Ministerkabinetts vom 3.6.1919 seine Tätigkeit als Vorsitzender des PLKV entschieden als inoffiziell und unpolitisch. LVA, F. 923., Ap. 1, B. 24, S. 44 ff. Vgl. auch seine Interpretation in den Erinnerungen: Biržiška, *Dėl* (wie Anm. 2). S. 155.

²² LVLK 1919.04.28 posėdžio protokolas (Sitzungsprotokoll des PLKV vom 28.4.1919). LAB, F. 105-102, S. 7.

²³ LVLK 1919.05.2 posėdžio protokolas (Sitzungsprotokoll des PLKV vom 2.5.1919). LAB, F. 105-602, S. 1.

Aber Osmołowski zeigte keinerlei Initiative. (Später erklärte er auf die Frage, was mit dem Memorandum geschehen sei, er habe es wahrscheinlich weggeworfen).²⁴

2. Warum das Memorandum des PLKV ohne Antwort blieb

Über die Meinung der polnischen Regierung zum Memorandum des PLKV sowie diesbezügliche Instruktionen an Osmołowski, sofern er überhaupt welche erhielt, lassen sich keinerlei Dokumente nachweisen. Ein allgemeiner Überblick über die Ereignisse kann jedoch zumindest eine Teilantwort liefern.

Pilsudskis Aufruf vom 22. April stand im Gegensatz zu den Plänen der von Roman Dmowski angeführten Opposition, die polonisierten Gebiete des ehemaligen Großfürstentums Litauen an Polen anzuschließen, wobei man vor allem Wilna im Sinn hatte. So reagierten die Nationaldemokraten sofort nach Bekanntwerden des Aufrufs. In Wilna wurden Versammlungen organisiert, Petitionen veröffentlicht, Unterschriften für den Anschluß Wilnas an Polen gesammelt.²⁵ Parallel zu diesen Aktionen wurden Personen, die mit dem bolschewistischen Regime zusammengearbeitet hatten oder dessen verdächtigt wurden, terrorisiert. Die Intensität des Terrors unterschied sich klar nach den jeweiligen Nationalitäten. Am meisten litten die Juden.²⁶ An zweiter Stelle standen die Litauer, da sie nach Ansicht der polnischen Nationalisten unter dem bolschewistischen Regime „privilegiert“ waren. Die Litauer wurden vorwiegend psychisch unter Druck gesetzt: ständig fanden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen statt.²⁷ Dabei ließ sich nicht genau erkennen, ob die bewaffneten Selbstverteidigungsgruppen die Aktionen auf eigene Faust unternahmen oder die Initiative dazu aus der Verwaltung stammte. Im übrigen war die Verwaltung auch nationalistisch erhitzt. Einige der leitenden Personen, unter ihnen auch Osmołowski, wurden augenscheinlich wegen ihrer Zurückhaltung als „Verräter“ beschimpft.²⁸

²⁴ Biržiška, *Dėl* (wie Anm. 2), S. 174.

²⁵ J. Tumas *Vaižgantas, Nesveikaisiais laikais* (Ungesunde Zeiten), in: *Nepriklausomoji Lietuva* Nr. 6 vom 1. Mai 1919.

²⁶ Ein Teil der Juden hatte besonders während der wiederholten Kämpfe um Wilna vom 29.4. bis zum 1.5. der Roten Armee bewaffnete Unterstützung geleistet.

²⁷ *Protesto teikimas* (Protest einlegen), in: *Nepriklausomoji Lietuva* Nr. 17 vom 15. Mai 1919.

²⁸ *Su lenkais nebėra ko tartis* (Mit den Polen gibt es nichts zu verhandeln), in: *Nepriklausomoji Lietuva* Nr. 8 vom 4. Mai 1919.

Die Wilnaer Stimmung machte sich auch in Warschau bemerkbar. Dort wurde auf Initiative der Nationaldemokraten der Aufruf Piłsudskis vom 22. April als ungültig erklärt. Am 29. April nahm der Sejm eine Resolution an, nach der das besetzte litauische Territorium, „das Nordostgebiet mit der Hauptstadt Wilna“, an Polen angeschlossen werden sollte.²⁹ Die Reaktion der Nationaldemokraten erreichte ihren Höhepunkt mit dem Gedenktag an die polnische Verfassung, an dem der Aufruf Piłsudskis an den Wänden von Wilna mit dem Text der Sejmresolution vom 29. April überklebt wurde.³⁰

Nach diesen Vorfällen verlangsamte die polnische Regierung das Tempo. Ihre Hauptargumente waren, die europäische öffentliche Meinung werde Aktionen nicht zustimmen, die nicht im Einklang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker stünden, und die einseitige Deklaration des Sejms werde Polen während der Friedenskonferenz sehr schaden. Dank der Diplomatie Piłsudskis und Paderewskis ging der Sejm allmählich von seiner besitzergreifenden Position Litauen gegenüber ab und nahm am 15. Mai eine Deklaration im Geist des Aufrufs vom 22. April an, mit der das Selbstbestimmungsrecht des Großfürstentums Litauen anerkannt wurde.³¹ Das begeisterte die Piłsudskianhänger in Wilna, die sich um die Zeitung „Nasz Kraj“ (Unser Land) geschart hatten. Es erschienen Artikel, die sich entschiedener als bisher für eine Unterstützung der Warschauer Regierung aussprachen.³² „Das Nachkriegseuropa“, so resümierte ein Beitrag in der „Nasz Kraj“, „hat noch keine derartige allgemeine Anerkennung erlebt, wie sie Piłsudskis Litauenlösung erfahren wird. Darum müssen alle unverzüglich beginnen, ‚Brücken des Vertrauens zwischen Litauen und Polen zu errichten‘. Besonders radikal wandte man sich an die Wilnaer Polen, von denen man forderte, daß sie auf den ‚lokalen Patriotismus‘ und ‚Egoismus‘ verzichten, ‚Panik‘ und ‚Stolz‘ ablegen und ihre Schuld gegenüber Litauern und Weißrussen eingestehen sollten, um auf diese Weise deren Vertrauen wiederzugewinnen. Gleichzeitig empfahl man den Polen, die Kraft der jungen litauischen Kultur anzuerkennen, sich um deren Verständnis zu bemühen und ihre Ansicht hinsichtlich der litauischen Eigenstaatlichkeit von Grund auf zu ändern, „die nach den

²⁹ Varšuvos Seimo nusprendimas (Die Entscheidung des Warschauer Sejms), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 8 vom 4. Mai 1919.

³⁰ Głos Litwy Nr. 4 vom 18. Mai 1919.

³¹ „Sejm oświadcza uroczystie...“ („Der Sejm erklärt feierlich...“), in: Nasz Kraj Nr. 23 vom 20. Mai 1919.

³² Wola i karność narodowa (Wille und Volkszucht), in: Nasz Kraj Nr. 27 vom 27. Mai 1919; Trzeźwy głos o porozumieniu z Litwinami (Eine nüchterne Stimme zur Übereinkunft mit den Litauern), in: Nasz Kraj Nr. 32 vom 30. Mai 1919.

gleichen Rechtsprinzipien wie die polnische wiederentsteht“. Im litauischen Staat waren die Polen gezwungen, sich mit der Minderheitenlage abzufinden und darauf zu vertrauen, daß ihre nationalen und staatsbürgerlichen Rechte in einer „brüderlichen Union“ gewährt sein würden. Erwartete man doch von den Litauern nur „großzügiges Vergessen der Beleidigungen“ und „Annäherung“. Die lokale Verwaltung wurde angewiesen, entschieden „ein Programm in Kraft zu setzen“ und „alle Hindernisse zu beseitigen“.³³

Damit war ein Maximum dessen erreicht worden, was die polnische Seite hinsichtlich einer Übereinkunft mit den Litauern anzubieten bereit war. Bald darauf erschien in „Nasz Kraj“ ein Artikel, der die Variante einer polnischen Minderheit in Litauen verwarf.³⁴ Die Wilnaer Litauer blieben angesichts der Ereignisse nicht gleichgültig. Doch gleichzeitig registrierten sie aufmerksam die unterschiedlichen Haltungen. Aus den Reihen derer, die die Differenzen der polnischen Gruppen als rein taktische Manöver erachteten, wurde Stasys Matjošaitis zum stellvertretenden Redakteur der „Nepriklausomoji Lietuva“ ernannt. In einem seiner Artikel mit der Überschrift „Es ist gut, wenn die Linke weiß, was die Rechte tut“ bezeichnete er Piłsudskis Aufruf vom 22. April als eine „Komödie für den Export nach Paris“.³⁵ In einem anderen Beitrag vertrat Matjošaitis die Meinung, die Piłsudskianhänger würden den Litauern mehr als die Nationaldemokraten schaden, denn diese seien wohl oder übel bereit, ein unabhängiges Litauen, „wenn auch ein sehr verkleinertes“ (also ohne Wilna), anzuerkennen, während sich jene „maskiert“ hätten und beabsichtigten, „die Litauer zu spalten“. „Schütze uns Gott vor Freunden, vor den Nationaldemokraten schützen wir uns selbst“, schmähte Matjošaitis.³⁶ Übrigens hatte Matjošaitis' Position einen klar erkennbaren sozialen Hintergrund. Er begriff die Union als Formgebung feudaler Ausbeutung und war im Kampf dagegen sogar bereit, den Bolschewismus zu unterstützen. „Die rote Fahne lockt unser Volk mehr als die Rufe der mittelalterlichen Bojaren.“³⁷

³³ Wola (wie Anm. 32). Im allgemeinen pflegten solche Zeitungsartikel eher eine Ausnahme darzustellen. Das Mißtrauen gegenüber selbständig handelnden Litauern überwog.

³⁴ O skonkretyzowanie program i dążeń (Konkretisierung der Programme und Forderungen), in: Nasz Kraj Nr. 39 vom 7. Juni 1919.

³⁵ (Stasys), Gerai žino kairė, ka daro dešinė (Es ist gut, wenn die Linke weiß, was die Rechte tut), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 21 vom 20. Mai 1919.

³⁶ Ders., Katra politika geresnė? (Welche Politik ist die bessere?), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 28 vom 28. Mai 1919.

³⁷ (Kraujiečių Stasys), Du aru (Zwei Adler), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 5 vom 30. April 1919.

Andere Litauer unterstützten die Piłsudskianhänger, da sie sich in ihrem Programm von den Nationaldemokraten unterschieden. Zu dieser Gruppe kann man Juozas Tumas-Vaižgantas, Pranas Mašiotas und Mykolas Biržiška, also die Führung des PLKV, rechnen. In ihren Artikeln kritisierten sie den primitiven Fanatismus der Nationaldemokraten scharf und konfrontierten ihn mit dem von Piłsudski vertretenen „Prinzip der freiwilligen Übereinkunft“.³⁸ Dennoch konnte auch diese litauische Gruppe die grundlegende Komponente der Konzeption Piłsudskis, nämlich die Union, nicht akzeptieren. Nach Meinung von Biržiška assoziierten die Litauer mit dem Begriff Union eine nationale Erniedrigung. „Die Polen ärgern sich natürlich über die Litauer wegen ihrer Nüchternheit und betrachten die Union vielfach feindlich“, schrieb Biržiška, „dennoch ist die litauische Mäßigung keine Hartnäckigkeit, sondern ein Resultat trauriger Erfahrungen (...) Wenn die um ‚Nasz Kraj‘ vereinigten Kreise hartnäckig die Inkraftsetzung ihres litauisch-polnischen Verständnisprogramms anstreben, ohne Feindschaft in der Öffentlichkeit und Bedenken in der polnischen Politik zu ernten, werden sie in uns angenehme Nachbarn finden. Der ehrliche Wunsch, sich mit den Litauern zu verständigen, gestützt auf die Anerkennung der litauischen Kultur und der politischen Tendenzen, wird diesen Schichten helfen, sich von der Unionskonzeption zu lösen. Damit (...) werden sie in uns glaubwürdige Bündnispartner finden.“³⁹

Die Meinungsverschiedenheiten über den Sinn einer Union sind nicht in wenigen Sätzen darzulegen. Im Durcheinander der verschiedenen Projekte für eine litauische Lösung wurden zum einen die Begriffe Union, Verband, Föderation identisch gebraucht, zum anderen läßt sich das ohnehin komplizierte Vorhaben unter verschiedenen Aspekten betrachten. Es scheint, als habe Vaižgantas in seinem Artikel „Freiheit und Macht“ den Kern der Meinungsverschiedenheiten getroffen, da sich in ihm sowohl die Prinzipien des Piłsudskischen Programms als auch die litauischen Gründe für eine Ablehnung widerspiegeln.⁴⁰

Freiheit nach Piłsudski sei das Potential der Einwohner des ehemaligen Polen-Litauen, seiner Elemente mit ererbter persönlicher Freiheit, eine bürgerliche Zivilisation zu begründen. Macht sei die Feindschaft der er-

³⁸ M. Biržiška, Rimta valanda (Eine ernste Stunde), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 10 vom 17. Mai 1919; Mašiotas, Kiti laikai (wie Anm. 18); Vaižgantas, O tai kas (Und wenn was), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 26 vom 25. Mai 1919.

³⁹ Głos Litwy vom 29. Mai 1919.

⁴⁰ Vaižgantas, Laisvė ir Galybė (Freiheit und Macht), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 17 vom 15. Mai 1919.

wähnten Zivilisation gegenüber barbarischen und aggressiven Staaten. Nach Piłsudskis Konzept seien diese Dinge untrennbar verbunden, ein Element vervollkomme das andere. Es sei unvorstellbar, eine freie Gesellschaft im ethnographischen Polen zu begründen, und noch weniger im ethnographischen Litauen. Andererseits könne man sich von der im Osten drohenden Gefahr nur durch Gewalt schützen. Nach Ansicht der Litauer seien Freiheit und Macht jedoch Gegensätze. Der demokratische Flügel der politisch aktiven Litauer möchte zweifellos dem engen ethnischen Nationalismus entgehen, wobei ihnen aber klar sei, daß das Bestreben einer Staatsgründung auf litauisch-weißrussischem Gebiet, verbunden mit Polen, keine Freiheiten garantiere. Ein fremdbestimmtes Weißrußland werde der Polonisierung zum Opfer fallen. Das aber heiße nichts anderes, als daß eine Union mit Weißrußland als Streitobjekt zwischen Polen und Rußland in ständiger Kriegsgefahr schweben.

Es klingt paradox, aber das Dilemma der Litauer als Bündnispartner wurde von polnischer Seite nicht erkannt. Sowohl Piłsudski als auch seine Anhänger um „Nasz Kraj“ nahmen mit bewundernswerter Kurzsichtigkeit den entstehenden litauischen Staat nur als „Brücke“ Deutschlands zu Rußland wahr; die ethnographischen Litauer, die ja nun einmal da waren, wurden ihrer Meinung nach von Deutschland unterjocht und assimiliert.⁴¹ Völlig unerwartet trat die eigenständige litauische Kultur in ihr Gesichtsfeld, vor allem die Perspektiven der Sprache und der Gedanke, daß das kulturelle Erbe des Großfürstentums Litauen politisch aufgeladen werden und so ein moderner genuiner litauischer Staat geschaffen werden könnte, was anscheinend doch nur mit Hilfe der polnischen Kultur (und Sprache) möglich war, so jedenfalls die Ideologie der sich formierenden linken Kräfte.

Wenn Piłsudskis Programm das Gewissen der Litauer wenigstens theoretisch vom angeborenen Druck des „ethnokulturellen Fundamentalismus“ befreien sollte, verneinte es doch praktisch das litauische Volk als Subjekt. Man kann sagen, Piłsudski und seine Anhänger blickten auf Litauen, ohne die Litauer wahrzunehmen. Daraus ergab sich, daß völlig unklar blieb, wer mit wem verhandelte.

Das Knäuel der litauisch-polnischen Meinungsverschiedenheiten besaß auch einen internationalen Kontext. Piłsudskis Aufruf vom 22. April wurde von den Wilnaer Litauern allgemein wohlgesonnen aufgenommen. Die Regierung Geleževičius in Kaunas zeigte keine klare Reaktion, was die litauische Delegation in Paris mit ihrer entschiedenen antipolnischen Hal-

⁴¹ Nasz Kraj Nr. 8 1919, S. 14 f.

tung jedoch nicht anfocht. Am 29. April übergab der Delegationsleiter Augustinas Voldemaras der Friedenskonferenz eine scharfe Protestnote wegen des polnischen Einmarsches in Litauen.⁴² Darüber hinaus ersuchte Voldemaras um Unterstützung in der russischen Vertretung in Paris.

Voldemaras' Protestnote hatte Folgen. Der Rat der Entente war schon im voraus über den drohenden litauisch-polnischen Konflikt informiert worden und suchte Mittel, ihn nicht zum Ausbruch kommen zu lassen.⁴³ Vielleicht beeinflusste das auch den Entschluß, am 26. Mai die Regierung des Admirals Kolčak anzuerkennen. Aufgrund dieser Entscheidung befand sich Litauen innerhalb der russischen Grenzen, ein klarer Schlag gegen Piłsudskis Konzeption. Polens Regierung konnte die Lage jetzt nur noch mit Hilfe radikaler Mittel verändern.

Über die Zusammenarbeit mit der Vertretung Kolčaks in Paris gab es später eine heftige Diskussion in der litauischen Regierung.⁴⁴ Jedoch fühlten die politischen Führer Litauens die kräftige Strömung und setzten sich ihr in der Hoffnung aus, daß Litauen früher oder später in die sichere Bucht der Unabhängigkeit getragen werden würde.

3. Die Lösung

Natürlich ist eine Bewertung, wie stark sich die besprochenen allgemeinen Prozesse auf das Verhältnis des PLKV zur polnischen Verwaltung auswirkten, schwierig. Es läßt sich nur feststellen, daß die Logik beider Seiten die gleiche Richtung hatte. Am 29. Mai verkündete Osmołowski's Verwaltung ein Wahlgesetz für ein provisorisches Wilnaer Stadtparlament. Das Gesetz war ohne Mitarbeit oder Zustimmung der Litauer vorbereitet worden, so daß schon allein seine Existenz nicht zu einem vertrauensbildenden Klima beitragen konnte. Darüber hinaus mißfielen den Litauern verschiedene Paragraphen sowie vor allem die Tatsache, daß ausnahmslos Polnisch als offizielle Verwaltungssprache vorgesehen war.⁴⁵

Kurz darauf erfuhren die Litauer von einem weiteren Vorfall. Am 5. Juni fand eine Hausdurchsuchung in der Litauischen Wissenschaftlichen

⁴² Sprawy (wie Anm. 3), S. 420f.

⁴³ Ebenda, S. 416-419 u. 437-442.

⁴⁴ Lietuvos TSR Mokslų Akademijos darbai (Arbeiten der Akademie der Wissenschaften der Litauischen SSR). Vilnius 1988 (Serija A. T. 1.), S. 88-97.

⁴⁵ Głos Litwy Nr. 15 vom 1. Juni 1919.

Gesellschaft und bei deren Vorsitzenden Jonas Basanavičius statt. Man suchte Waffen.⁴⁶ Das wirkte auf die Litauer wie ein Alarmzeichen.

Zur Zeit der Haussuchung bei Basanavičius war Biržiška nicht in Wilna, sondern in Kaunas, wo er am 3. Juni dem Ministerkabinett über die Tätigkeit des PLKV Rechenschaft abzulegen hatte.⁴⁷ Nach seiner Rückkehr begann er Osmołowski anzugreifen. Am 12. Juni erschien in „Głos Litwy“ (Stimme Litauens), der in polnischer Sprache erscheinenden Zeitung des litauischen Komitees, ein großer Artikel über Osmołowskis anfängliches Wohlwollen gegenüber den Litauern, seine Versprechungen und deren Nichteinhaltung. Die Öffentlichkeit wurde auch über das Memorandum, das ohne Antwort geblieben war, informiert. Zudem zitierte der Artikel aus einer von Osmołowski unterzeichneten geheimen Anweisung, nach der nicht mehr als 30 Litauern ein Arbeitsplatz bei der Wilnaer Eisenbahn zugestanden wurde (von insgesamt 4000 Beschäftigten).⁴⁸ Biržiška schrieb in seinen Erinnerungen, Osmołowski sei sehr daran interessiert gewesen, zu erfahren, wie man an die geheime Anweisung gekommen sei, was ihm jedoch nicht gelungen sei.⁴⁹

Vom 9. bis 11. Juni fand in Wilna eine Zusammenkunft weißrussischer Gruppierungen statt, die der litauischen Regierung nicht gewogen waren. Litauer waren zu dem Treffen nicht eingeladen, jedoch las man über den Verlauf und die gefaßten Beschlüsse in der Wilnaer (polnischen) Presse. Obwohl die Meinung vorherrschte, daß „die Weißrussen unselbständig seien und nur nach Anweisung“ weißrussisch-polnische Einheit demonstrierten, bestätigten die Erklärungen diese Ansicht nicht. Man sprach sich für die Gründung eines litauisch-weißrussischen Staates aus, wobei die Beziehungen zu Polen zwar nicht definiert, aber der Aufruf Piłsudskis vom 22. April positiv bewertet wurde. Dennoch schöpften die Litauer angesichts eines hinterher stattfindenden polnisch-weißrussischen Festessens Verdacht.⁵⁰

⁴⁶ LVLK 1919. 06. 06 posėdžio protokolas (Sitzungsprotokoll des PLKV vom 6.6.1919). LAB, F. 105-601, S. 7.

⁴⁷ Lietuvos Ministrų kabineto 1919. 06. 03 posėdžio protokolas (Sitzungsprotokolle des litauischen Ministerkabinetts vom 3.6.1919). LVA, F. 923, Ap. 1, B. 24, S. 44 ff. Biržiška bekam die Anweisung, die Litauer bei den Wahlen zur Stadtverwaltung nicht teilnehmen zu lassen.

⁴⁸ M. Biržiška, Na Posterunku Wileńskim (Auf Vilniusser Posten), in: Głos Litwy Nr. 23 vom 12. Juni 1919, S. 42 ff.

⁴⁹ Biržiška, Dėl (wie Anm. 2), S. 172.

⁵⁰ Vaižgantas, Gudų diplomatijos klausimų (Die Frage der weißrussischen Diplomatie), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 40 vom 13. Juni 1919; Biržiška, Dėl (wie Anm. 2), S. 294-304.

Es ist nicht verwunderlich, daß der polnisch-litauische Konflikt einen Kampf um die Anhängerschaft der übrigen Nationalitäten mit sich brachte. Offensichtlich hätte sich in Wilna, wo keine der vier vorherrschenden Nationalitäten allein regieren konnte, eine Übereinkunft zweier Volksgruppen bestimmend ausgewirkt. Tatsächlich aber war es anders: Schon Ende 1918 gelang es der litauischen Regierung, sich mit den weißrussischen und jüdischen Organisationen zu einigen, wobei die Übereinkunft aber die litauische Position in Wilna kaum stärkte, sondern statt dessen den litauisch-polnischen Konflikt vertiefte.

Zu jener Zeit verschlechterten sich die Beziehungen des PLKV nicht nur zu Osmołowski's Verwaltung, sondern auch zu den Kreisen um „Nasz Kraj“ sichtlich.⁵¹ „Nasz Kraj“ beschuldigte die Litauer des Nationalismus und Imperialismus. Nach der litauischen Konzeption der „gemeinsamen Herkunft“ bleibe in dem von ihnen beanspruchten Territorium kein Platz für andere Nationalitäten mit Ausnahme der Juden. Andererseits entspreche das von Litauen geforderte Gebiet in etwa den Grenzen von Oberost, umfasse also außer Kaunas und der Suwalkija den größten Teil der Gouvernements Wilna und Grodno. Nach statistischen Angaben könne nur ein Drittel der Einwohner dieser Territorien Litauer bzw., genauer gesagt, litauischsprachig sein.

Daher wurden die Litauer beschuldigt, keinen Nationalstaat, sondern einen Nationalitätenstaat begründen zu wollen.⁵² Biržiška verteidigte die litauische Konzeption. Zunächst bestätigte er, die Litauer würden sich nicht von ihren nicht litauisch sprechenden Landsleuten trennen. „Kann man uns deswegen des Raubes bezichtigen?“, fragte Biržiška in einem seiner Artikel und antwortete selbst: „Man kann — in Unkenntnis der konkreten Situation oder wenn man sehr an dieser Position interessiert ist.“

Das Argument, daß Wilna eine polnische Stadt sei, hatte für Biržiška nur zeitweilig Bedeutung. Er stritt nicht ab, daß Litauen mehr als das ethnographische Gebiet im Sinn habe. Aber die angestrebte Ostgrenze war laut seiner Aussage von den führenden politischen weißrussischen Gruppierungen anerkannt worden. Damit bezog er sich auf eine Vereinbarung, die die litauische Regierung 1918 mit der weißrussischen Rada von Wilna und der weißrussischen Uprava von Grodno getroffen hatte. Andererseits bestand seiner Meinung nach kein Anlaß dafür, daß sich Litauer und Weiß-

⁵¹ Im Juli 1919 plante die polnische Verwaltung, das PLKV überhaupt aufzulösen (LAB, F. 105-603, S. 2). Nahm man Litauer fest, beschuldigte man sie gewöhnlich bolschewistischer Agitation.

⁵² (Vedamasis), in: Nasz Kraj Nr. 56 vom 29. Juni 1919.

russen im Falle einer möglichen weißrussischen Unabhängigkeit nicht bilateral einigen könnten.

Vor allem aber wies Biržiška Anschuldigungen einer Relituanisierung von sich: „Die litauischen Politiker und besonders deren demokratische Vertreter sind nicht an einer künstlichen zwanghaften Lituanisierung weißrussifizierter Litauer interessiert, sondern an einer Verbindung der arbeitenden Bevölkerung ganz Litauens“, schrieb er. „In der demokratischen Öffentlichkeit wird die Frage, ob Litauen ein National- oder Nationalitätenstaat sei, gar nicht auftreten. Das unabhängige Litauen wird demokratisch sein, vor allem für die arbeitende Bevölkerung wirken und Nationalitätenkämpfe werden in ihm nicht auftreten. Darum braucht niemand eine Sprach- oder Nationalitätenverfolgung zu fürchten.“⁵³

Es scheint, als wollte Biržiška mit seinen Ausführungen das Programm der polnischen Linken aufgreifen (oder neutralisieren). Gleichfalls hatte er sich aber, wie zufällig, von den im PLKV-Memorandum dargelegten Möglichkeiten entfernt. Es ist verständlich, daß das von Biržiška gezeichnete sozial orientierte Gesellschaftsmodell sich noch nicht einmal theoretisch an die bürgerliche Gesellschaft angleichen ließ. Die Einigung zwischen der litauischen und der polnischen Gesellschaft mißlang einerseits, weil die Litauer in ihrer Unreife Schutz forderten, und andererseits, weil die Polen, leider genauso unreif, nicht bereit waren, diesen Schutz zu gewährleisten. Immerhin hatte das PLKV eine paritätische Lebensweise für Wilna vorgeschlagen. Aber die polnische Seite war noch nicht einmal zu einer solchen Variante bereit und wählte die primitivere Alternative. Mitte Juni beschloß Piłsudski, eine Verschwörung der POW, der polnischen Militärorganisation, in Litauen zu organisieren.⁵⁴

⁵³ Głos Litwy Nr. 39 vom 2. Juli 1919.

⁵⁴ Biržiška, *Dėl* (wie Anm. 2), S. 94.

